



Antrag

der Fraktion der SPD und der Abgeordneten des SSW

Deutsche EU-Ratspräsidentschaft: Solidarische Akzente setzen!

Der Landtag wolle beschließen:

Die Europäische Union ist ein einzigartiges Friedensprojekt und das Fundament unseres Wohlstands.

Die deutsche EU-Ratspräsidentschaft im zweiten Halbjahr des Jahres 2020 ist Möglichkeit und Verpflichtung für die Bundesrepublik Deutschland und das Land Schleswig-Holstein, einen nachdrücklichen Beitrag für ein geeintes und solidarisches Europa zu leisten, auch in den Verhandlungen zum Mehrjährigen Finanzrahmen.

Der Schleswig-Holsteinische Landtag fordert die Landesregierung auf, sich im Rahmen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020 insbesondere dafür einzusetzen, dass

- auch und gerade angesichts der weltweiten Covid-19-Pandemie die Europäische Union in der **Flüchtlings- und Migrationspolitik** ihrer humanitären Verantwortung gerecht wird und unverzüglich Abhilfe in den überfüllten Flüchtlingslagern zum Beispiel in Griechenland schafft. Zugleich bleibt die Aufgabe bestehen, Fluchtursachen zu bekämpfen und Migration besser zu ordnen und zu steuern;
- die **finanziellen Lasten** zur Bewältigung der weltweiten Covid-19-Pandemie und ihrer Folgen gemeinsam und solidarisch durch die Mitgliedsstaaten getragen werden;

- in der **Steuerpolitik** mit der Einführung einer Finanztransaktionssteuer begonnen und eine Mindestbesteuerung für internationale Konzerne eingeführt sowie Steuerhinterziehung europaweit bekämpft wird;
- in der **Gesundheitspolitik** eine europaweite gegenseitige Unterstützung bei der Versorgung von Covid-19-Patientinnen und -Patienten sowie bei der Beschaffung von Schutzausrüstung und medizinischem Material erfolgt;
- Maßnahmen ergriffen werden, um die Erforschung und Herstellung von Arzneimitteln und Medizinprodukten in Europa sicherzustellen;
- in der **Sozial- und Arbeitsmarktpolitik** gerade angesichts der weltweiten Covid-19-Pandemie die Säule sozialer Rechte konsequent weiter umgesetzt wird und u.a. ein europaweiter Mindestlohn eingeführt und ein europäischer Plan für Kurzarbeitergeld auf den Weg gebracht werden sowie die Information von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern über ihre Rechte und Pflichten bereits im Entsendeland gestärkt und das Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit am gleichen Ort“ konsequent eingehalten wird;
- in der **Klimaschutzpolitik** ein Europäisches Investitionsprogramm (European Green Deal) umgesetzt sowie die Förderung in der Landwirtschaft stärker an Nachhaltigkeitskriterien ausgerichtet wird;
- die **Minderheitenpolitik** als neuer weiterer Schwerpunkt der Politik der Europäischen Union etabliert wird;
- die **Nordseekooperation** auch nach dem Austritt des Vereinigten Königreichs aus der Europäischen Union weiter gestärkt und weiterentwickelt wird;
- in der **Ostseepolitik** die Ostseeregion als wissens- und innovationsorientierte, wohlhabende und wettbewerbsfähige Region mit gewachsenen Kooperationsstrukturen auf allen Ebenen auch unter Einbeziehung Russlands weiterentwickelt wird.

Begründung

In der zweiten Jahreshälfte 2020 wird die Bundesrepublik Deutschland die EU-Ratspräsidentschaft übernehmen. Sie wird überschattet von der Covid-19-Pandemie, die ganz Europa vor besondere Herausforderungen stellt. Die daraus entstehenden Problemlagen sind auf europäischer Ebene zu bearbeiten. Dabei dürfen weitere europäische Anliegen nicht aus dem Blick geraten. Sie müssen zum großen Teil aber neu bewertet werden, neue Antworten müssen gefunden werden, bereits diskutierte an die Folgen der Krise angepasst werden. Das wird auch Aufgabe der deutschen EU-Ratspräsidentschaft sein. Sie sollte daher dazu genutzt werden, entsprechend solidarische Akzente zu setzen.

Die Krise hat deutlich gemacht, dass ein soziales Europa gerade jetzt stärker denn je gefragt ist. Deshalb sollte sich Deutschland im Rahmen der Ratspräsidentschaft dafür einsetzen, die Säule sozialer Rechte zu stärken. Dazu zählen faire

Arbeitsbedingungen, die ihren Ausdruck unter anderem in einem europäischen Mindestlohn finden sowie eine stärkere Kooperation in der Gesundheitspolitik.

In der Krise werden die wirtschaftlich schwächeren Staaten, die jetzt zusätzlich besonders betroffen sind, mit gemeinsamen staatlichen Anleihen solidarisch unterstützt. Eine Mindestbesteuerung internationaler Konzerne wirkt Steuerungerechtigkeit und Wettbewerbsnachteilen der hier angesiedelten Betriebe und Unternehmen entgegen. Eine Neuausrichtung der Förderung in der Landwirtschaft und insbesondere eine Stärkung der „zweiten Säule“ kommen den ländlichen Räumen zugute. Als Land zwischen den Meeren ist es für Schleswig-Holstein essentiell, dem Klimawandel und einem Anstieg der Meeresspiegel energisch entgegenzuwirken.

Europa ist vor allem eine Wertegemeinschaft, in der hilfebedürftige Menschen nicht alleine gelassen werden dürfen. Die Bereitschaft für die Aufnahme von Geflüchteten zu zeigen ist ebenso wichtig, wie zu einem solidarischen Verteilungssystem unter den Mitgliedstaaten zu kommen und die Fluchtursachen zu bekämpfen.

Europa ist durch seine Minderheiten reich an Vielfalt. Deren Bedürfnisse und Herausforderungen sind sehr heterogen. Es ist daher geboten, die Minderheitenpolitik in der Europäischen Union weiter zu stärken und als einen neuen weiteren Schwerpunkt zu definieren und auszugestalten.

Als Land zwischen den Meeren ist und bleibt es für Schleswig-Holstein zudem von zentraler Bedeutung, sich sowohl in die Nordsee- als auch in die Ostseepolitik aktiv einzubringen. Die Nordseekooperation steht angesichts des „Brexit“ vor neuen Herausforderungen. Ihre Zusammenarbeitsstrukturen müssen entsprechend angepasst und kontinuierlich weiterentwickelt werden.

Die Ostseepolitik ist für Schleswig-Holstein von besonderer Bedeutung. Die Ostseeregion ist die erste Makroregion auf EU-Ebene, für die die EU eine eigene Strategie entwickelt hat, die weiter konsequent umgesetzt werden und neuen Herausforderungen angepasst werden muss. Die Ratspräsidentschaft soll auch dazu genutzt werden, über die Strukturen der Ostseekooperation im konstruktiven Dialog mit Russland zu bleiben.

Regina Poersch
und Fraktion

Jette Waldinger-Thiering
und die Abgeordneten des SSW